

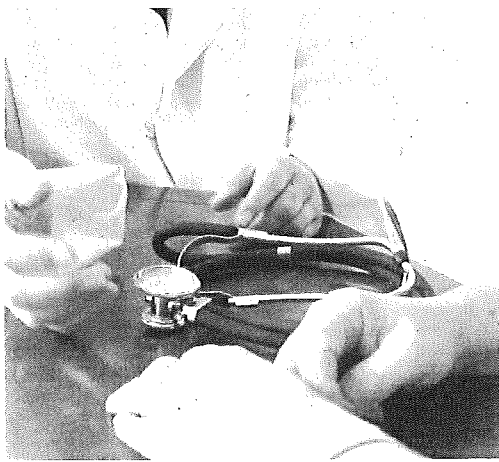
Zeitung vom Lëtzebuurger Vollek

Donneschdeg, de 9. September 2010 65/171

Ab Freitag im Kino

Seite 6

»Wir wollen die Position der Versicherten verbessern«



Obwohl Arztbesuche im Ausland seit 1998 nicht mehr vorab bei der Krankenkasse beantragt werden müssen, sei es manchmal dennoch zu empfehlen, sich vorher über die Höhe der Kostenrückerstattung zu informieren, so gestern Rechtsanwalt Patrick Goergen bei der Präsentation einer von der Salariatskammer (CSL) und dem Konsumentenschutz (ULC) herausgegebenen Broschüre »Arztbesuch und Krankenhausaufenthalt im Ausland: Was und wie erstattet die Krankenkasse?«.

Seite 3

Arbeitslosigkeit in der EU auf Rekordhöhe

23,05 Millionen Menschen ohne Arbeit



Entgegen den Parolen vom »Ende der Krise«, die Politiker und Medien seit Wochen verkünden, um Optimismus zu verbreiten, zeichnet die Arbeitslosenstatistik von »Eurostat« ein ganz anderes Bild – sowohl für den »Euroraum«, die 16 Staaten mit dem Euro als Währung, als auch für die 27 Mitgliedstaaten der EU insgesamt. Nach den amtlichen Zahlen für das erste Halbjahr 2010 ist die Arbeitslosigkeit in der EU 27 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres noch einmal um 1,1 Millionen Menschen gestiegen, auf insgesamt 23,05 Millionen. Hinter den EU-Durchschnittszahlen verbergen sich jedoch teilweise katastrophale Entwicklungstendenzen in einzelnen EU-Staaten. In nicht weniger als 22 EU-Staaten lag die amtliche Arbeitslosenquote im Juli 2010 höher als ein Jahr zuvor. Die absoluten Spitzenwerte wiesen Spanien mit verheerenden 20,3 %, Lettland mit 20,1 % und Estland mit 18,6 % auf.

Seite 2

USA töten weiterhin in Pakistan

Dera Ismail Khan – Bei einem von den USA-Truppen ausgeführten Raketenangriff im Nordwesten Pakistans nahe der Grenze zu Afghanistan sind am Mittwoch sechs Menschen getötet worden, die als »militante Islamisten« bezeichnet wurden. In den vergangenen Tagen kam es zu fünf derartigen Angriffen in Nord-Waziristan.

Mehrheit hinter IG-Metall-Lohnforderung

Hamburg – Die deutsche IG Metall findet für ihre Forderung nach sechs Prozent mehr Lohn und Gehalt in der laufenden Stahl-Tarifrunde breite Unterstützung in der Bevölkerung. In einer Umfrage bezeichneten 51 Prozent die Forderung als »angemessen«, weitere fünf Prozent hielten sie sogar für »zu niedrig«.

Yen auf 15-Jahres-Hoch

Tokio – Der Yen ist auf ein neues 15-Jahres-Hoch gegenüber dem Dollar gestiegen. In Handel in Tokio wurde der Dollar am Mittwochmittag mit etwa 83,30 Yen bewertet. Das japanische Finanzministerium kündigte an »wenn nötig« Maßnahmen zu ergreifen, um den Anstieg des Yen-Kurses zu stoppen.

Wieder Streiks in Griechenland



Die Beschäftigten der Bahn und des öffentlichen Nahverkehrs in Griechenland sind aus Protest gegen geplante Reformen im staatlichen Transportsystem in einen fünfständigen Streik getreten. Der Bahnverkehr und der öffentliche Nahverkehr in Athen waren dadurch bis zum Nachmittag lahmgelegt. Die Gewerkschaften haben sich gegen die Pläne der Regierung gewandt, den Verkehrsbereich zu »verschlinken«, das heißt, immer mehr Arbeitsplätze zu vernichten. Das staatlich finanzierte Transportsystem hat inzwischen Schulden von rund zehn Milliarden Euro angehäuft. Um weitere Kredite vom Internationalen Währungsfonds (IWF) und aus anderen Quellen zu bekommen, müssen staatliche Ausgaben drastisch gekürzt werden. Mitarbeiter der Eisenbahn brachten ihren Zorn mit einem Transparent zum Ausdruck, auf dem stand: »Nehmt euch was ihr nehmen könnt – das griechische Volk bezahlt die Zechen.«

Medizinisches IT-Netzwerk »HealthNet«

Gesicherter Datenaustausch muß gewährleistet sein

Seite 3

Gewalt in Honduras

Tegucigalpa – Bei einem Überfall auf eine Schuhfabrik in Honduras haben Bewaffnete 18 Arbeiter erschossen und fünf weitere verletzt. Ein Polizeisprecher in der nördlichen Stadt San Pedro Sula sprach von einem Massaker.

Geringe Steigerung

Berlin – Die Unternehmen des produzierenden Gewerbes der BRD haben im Juli etwas mehr Waren hergestellt als im Juni. Die Steigerung betrug preis- und saisonbereinigt 0,1 Prozent zu. Volkswirte hatten einen Anstieg um 1,0 Prozent vorausgesagt.

Gewinn bei Lego

Kopenhagen – Der dänische Spielzeughersteller Lego meldete einen gewachsenen Nettogewinn im ersten Halbjahr von fast 64 Prozent auf 1,12 Milliarden Kronen (150,4 Millionen Euro).

Sarkozy unbeeindruckt



Frankreichs Präsident Sarkozy will trotz der massiven Proteste und Streiks an der geplanten Erhöhung des Rentenalters festhalten. Ein Einlenken komme nicht in Frage, sagte Sarkozy. Die Regierung will mit der Rentenreform auf Kosten der Schaffenden das enorme Staatsdefizit in den Griff bekommen und »das Rentensystem vor dem Zusammenbruch bewahren«. Die Gewerkschaften kündigten neue landesweite Streiks und Protestaktionen für den 23. September an. Unser AP-Foto zeigt Arbeitsminister Woerth (Mitte) in Begleitung seiner Kabinettskollegen Geor-

Belgien vor dem Ende?

»Wir wollen die Position der Versicherten verbessern«

In einer neuen Broschüre erklären CSL und UCL, was bei Arztbesuchen und Krankenhausaufenthalten im Ausland zu beachten ist

Vor zwölf Jahren sorgten zwei Urteile des Europäischen Gerichtshofs für Aufregung. Zwei Luxemburger hatten vor dem EuGH geklagt. Der eine, weil ihm die Krankenkasse eine Zahnregulierung für seine minderjährige Tochter bei einem Trierer Zahnarzt verweigerte, der andere, weil die Krankenkasse sich weigerte, ihm die Kosten für eine Brille mit Korrekturgläsern zurückzuerstatten, die er – auf Verschreibung seines luxemburgischen Augenarztes hin – bei einem Arloner Optiker gekauft hatte. Im ersten Fall hieß es, die Zahnregulierung sei nicht dringend gewesen und habe außerdem auch in Luxemburg erbracht werden können, im zweiten Fall wollte die Krankenkasse nicht zahlen, weil der Mann die Brille ohne vorherige Genehmigung im Ausland erworben habe.

In beiden Fällen gab der EuGH den Klägern recht. Seit dem 28. April 1998 müssen ambulante Behandlungen im Ausland nicht mehr beantragt werden. Manchmal sei es aber dennoch zu empfehlen, sich bei der Krankenkasse über die Höhe der Kostenrückerstattung zu informieren, bevor man einen Arzt im Ausland aufsucht, so am Mittwoch der Rechtsanwalt Patrick Goergen bei der Präsentation einer zweisprachigen Broschüre, die er im Auftrag der Salariatskammer (CSL) und des Konsumenten-



CSL-Präsident Jean-Claude Reding, UCL-Präsident Nico Hoffman und der Autor Patrick Goergen während der Präsentation der Broschüre

schutzes (ULC) verfaßt hat. Das auf deutsch und französisch erschienene Büchlein »Arztbesuch und Krankenhausaufenthalt im Ausland: Was und wie erstattet die Krankenkasse?« solle »die Position der Versicherten verbessern«, so Goergen.

Anders als bei ambulanten Behandlungen muß bei einem geplanten Krankenhausaufenthalt im Ausland zuvor ein Antrag auf Kostenübernahme bei der Krankenkasse gestellt werden. Das, so der Autor, habe der EuGH den Mitgliedstaaten der EU zugestanden, »weil das EU-Recht die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten zur Ausgestaltung ihrer Sozialversicherungssysteme unberührt läßt«. Der EuGH verlange aber, daß das Ge-

nehmigungssystem – sprich: die Kriterien zur Vergabe eines sogenannten Formulars »E 112« – auf objektiven und nicht diskriminierenden Kriterien beruhe, die im Voraus bekannt sind. Wobei nur etwas mehr als vier Prozent der jährlich etwa 12.000 Anträge abgelehnt würden.

Die Kostenübernahme erfolge zu den Bedingungen des Landes, in dem die stationäre Behandlung in Anspruch genommen wurde – jedoch in der Höhe, wie dies bei einer Behandlung in einem luxemburger Krankenhaus der Fall gewesen wäre. Probleme gebe es vor allem dann, wenn die im Ausland erfolgte Behandlung nicht in der hiesigen Nomenklatur aufgeführt ist. Auch die Frage, ob

die Krankenkasse für sogenannte Wahlleistungen wie Einzelzimmer oder Chefarztvisiten aufkommt, die einem in deutschen Krankenhäusern immer wieder aufgeschwätzt werden, sei »noch nicht abschließend geklärt«.

Die Broschüre, die dankenswerterweise auch erläutert, was gegen eine Ablehnung eines Antrags auf Kostenübernahme getan werden kann, wird von der CSL (18, Rue Auguste Lumière in Luxemburg-Verlorenkost bzw. 13, Rue de Bragance in Luxemburg-Mierl) sowie von der ULC (55, Rue des Bruyères in Howald) kostenlos abgegeben. UCL-Mitglieder erhalten das Heftchen automatisch zugeschickt.

Medizinisches IT-Netzwerk »HealthNet« Gesicherter Datenaustausch gewährleistet sein

In seiner Antwort auf eine parlamentarische Anfrage zum gesicherten Datenaustausch im Gesundheits- und Sozialwesen, erklärte Gesundheitsminister Mars Di Bartolomeo, daß im Jahre 1995 im Rahmen eines Projektes des Forschungszentrums Henri Tudor »HealthNet« als aufgeschlossenes IT-Netz entwickelt wurde.

Derzeit werde es von einem Zusammenschluß des Gesundheitsministeriums, der Gesundheitskasse (CNS), der Krankenhausvereinigung (EHL) und der Ärztevereinigung (AMMD) verwaltet und bereits seit einiger Zeit seien alle Krankenhäuser sowie eine steigende Zahl Arztpraxen an »HealthNet« angeschlossen. Ein Zugang zum System sei nötig, um von Außerhalb Daten aus Krankenhäusern einsehen zu können, so der Minister.

Soziale Dienstleister aus dem Langzeit- und ambulanten Sektor seien derzeit nur vereinzelt angeschlossen, obwohl »HealthNet« in der An-

fangsphase offenstehe läge auch daran, daß es eher kaum sektorübergreifende Anwendungen gäbe. Anwendungen für den Datenaustausch zwischen Gesundheits- und Sozialwesen, die die Frage, wie eine Plattform aussehen könnte, bezeichnete der Gesundheitsminister als die wichtigste Herausforderung.

Ebenfalls sehr wichtig sei die Datensicherheit. Es sei schon heute Technologie vorhanden, die den sicheren Datenaustausch über das Internet gewährleisten würde.

Die von den Krankenkassen gemeinsam entwickelten Sicherheitssysteme könnten gegebenenfalls vom »Centre d'Informatique Sectorielle des Krankenhauservereinigung« übernommen werden.

Im Rahmen des Gesundheitsreformgesetzes wird die Gesundheitsversicherung weiterhin angeordnet, Kernkompetenzen in einer gemeinsamen Struktur, die an das »HealthNet« angeschlossen werden kann, zu bündeln.

Manifestation du 16 septembre Solidarité frontaliers européens y sera aussi



Les intervenants à la conférence de presse (de gauche à droite) : Jean-Paul Hordies, Dominique Tilmans, Georges Gondon et Vincent Wauthoz.

La loi 6148 qui abolit les allocations familiales pour les enfants âgés de plus de 18 ans suscite, logiquement, toujours plus de réactions. Si ce sont une nouvelle fois les familles à faible revenu qui font les frais des mesures de restriction économique, les travailleurs frontaliers sont encore plus mal lotis, du fait que pour eux il n'y a pas d'aide financière pour les études supérieures de leurs enfants.

C'est dans ce cadre qu'est née, il y a peu, dans la province de Luxembourg en Belgique, l'association »Solidarité frontaliers européens« (SFE). Lors de sa présentation, hier matin à Arlon, son président, Georges Gondon, a expliqué que c'est le nombre élevé de personnes touchées par cette mesure qui est à l'origine de la création de cette association, dont l'objectif est la défense des intérêts des travailleurs frontaliers européens et de leur famille, quel que soit leur statut.

Comme l'a rappelé la secrétaire Dominique Tilmans, présente à la conférence de

au Grand-Duché de Luxembourg, desquels 27.000 de la province de Luxembourg, qui compte 118.000 habitants. Près de 2.500 enfants sont concernés.

S'il existe de nombreux témoignages de personnes qui ont subi l'application de la loi, se retrouvent dans une situation difficile, d'Alexandre Larmoyer, secrétaire de la SFE, est particulièrement significatif.

Fils de parents travaillant au Luxembourg, est lui aussi victime de la loi. Il n'a droit à aucune aide d'étude ni au Luxembourg en Belgique. Pour lui la loi est synonyme d'injustice, d'abus, d'iniquité. Ayant été élu président du Comité de défense de la faculté de Droit d'Économie et de Finance (ECF) en tant que président du Comité d'étudiants de l'Université de Luxembourg (LUS), il s'est battu pour défendre les droits des étudiants de l'université de Luxembourg, mais il se battra pour les étudiants qui se trouvent dans la même situation que lui.

Editorial

Belgien vor dem Ende?

180 Jahre nach seiner Unabhängigkeit steckt Belgien in einer tiefen Krise. Nachdem der frankophone Sozialist Elio Di Rupo das Handtuch geworfen hatte, weil er es nicht geschafft hat, ein Kabinett zusammenzustellen, ernannte der König am Samstag Di Rupos Parteifreund und Chamberpräsident André Flahaut und den Senatspräsidenten Danny Pieters von den flämischen Nationalisten als Unterhändler. Nun fällt ausgerechnet diesem Duo die Aufgabe zu, das »Ende Belgiens« abzuwenden, auf das sich unser Nachbarland nach den Worten der amtierenden belgischen Vizepremierministerin Laurette Onkelinx vom Sonntag einzustellen hat.

Seit Juni 2007 hat Belgien drei Premierminister und zwischenzeitlich auch gar keine Regierung gehabt. Im April trat Premier Yves Leterme zum dritten Mal innerhalb von zwei Jahren zurück – einmal hatte der König allerdings abgelehnt. Der flämische Christdemokrat ist seitdem kommissarisch im Amt. Seine Koalition aus Liberalen, Christdemokraten und frankophonen Sozialisten war am Streit über die Zukunft der zweisprachigen Region um Brüssel zerbrochen. Es geht dabei vor allem um Sonderrechte für frankophone Wallonen, die in den eigentlich zum niederländischsprachigen Flandern gehörenden Umlandgemeinden der Hauptstadt leben. Die flämischen Liberalen, bis dahin eine probelgische Partei, hatten eine »sofortige Lösung« des Problems gefordert. Als das nicht gelang, traten sie aus der Regierungskoalition aus.

Nach dem Rücktritt der Regierung hatte eine überwältigende Mehrheit der Belgier deutlich gemacht, daß sie den Dauerstreit satt hat. 83 Prozent hatten in Umfragen erklärt, der Rücktritt wegen eines derart unwesentlichen Problems, das nur 100.000 Belajer

Wahlkampf zeigte sich der mittlerweile erreichte Grad der Politikerverdrossenheit, als ein Sänger im Internet dazu aufrief, die auch in Belgien bestehende Wahlpflicht zu mißachten und die Abstimmung zu boykottieren. Innerhalb weniger Tage gab es etliche »Facebook«-Gruppen, die den Aufruf unterstützen.

Die Politikerverdrossenheit ist verständlich, wenn man sich die fast alle Belgier betreffenden Probleme vor Augen führt. Belgien verzeichnet eine steigende Arbeitslosigkeit, bis 2015 müssen 22 Milliarden Euro eingespart werden, um das Haushaltsdefizit auf drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts zu bringen, und die Renten sind viel zu niedrig.

Dazu kommt – vor allem in Flandern – eine weiter zunehmende Flucht in den Nationalismus. Die bei der Parlamentswahl zur stärksten Partei aufgestiegene Neue Flämische Allianz ist eine rechtsliberale Partei, die offen für das Verschwinden Belgiens und die Unabhängigkeit Flanderns wirbt. Der Separatismus, früher vor allem vom faschistischen »Vlaams Belang« vertreten, wurde am 13. Juni salonfähig gemacht.

Doch auch viele Christdemokraten und selbst Sozialisten setzen sich für eine »Staatsreform« ein, wie sie vor allem vom Patronatsverband VOKA gefordert wird, in der eine wichtige Fraktion der flämischen Kapitalisten organisiert ist. VOKA will diese Reform, um in Flandern eine rechte, neoliberale Regierung zu bekommen und vor allem, um die Macht der nicht entsprechend der Regionen gespaltenen, starken Gewerkschaften zu brechen. Wenn das gelingt, wollen sie in Flandern eine extrem scharfe Politik der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, eine Privatisierung des Gesundheitswesens und des Transportsektors, massive Steuerenkungen usw. durchsetzen. Zusammen mit der Wallonie wäre das viel schwerer.